



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wittschewsky: Die Lebensmittelverteilung - eine Reifeprüfung des
deutschen Volkes

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Lebensmittelverteilung — eine Reifeprüfung des deutschen Volkes

Don Professor Wittschewsky



nter den Problemen, die an die Ernährungsfrage im Kriege anknüpfen, steht gegenwärtig die Lebensmittelverteilung an erster Stelle. Wer austeilen will, muß aber zunächst etwas haben. Nicht minder wichtig also wie die Regelung des Verbrauchs ist die Beschaffung der Lebensmittel; die zweite Aufgabe muß naturgemäß der ersten sogar vorausgehen. Dennoch ist das allgemeine Interesse ganz überwiegend auf die Methode und die Bewahrung der Austeilung gerichtet. Aus naheliegenden Gründen. Während der ersten anderthalb Jahre der Kriegszeit gingen die Sorgen der Bevölkerung hauptsächlich um die Verschiebungen in der Bedarfsdeckung herum. Daß in unseren Vorräten an Nahrungsmitteln infolge der Absperrung der Zufuhren aus dem Auslande ein beträchtlicher Fehlbetrag eintreten mußte, war von Anbeginn klar. Knappheit und Teuerung bezeugten diese Tatsache. Das gab etliches Murren, im übrigen ließ man aber schwarze Gedanken nicht aufkommen. Denn von einem empfindlichen Mangel an Nahrungsmitteln war vorläufig nichts zu spüren.

Zwar ergingen frühzeitig Anordnungen bezüglich sparsameren Verbrauchs von Brotgetreide, das Brot galt aber damals selbst im Mittelstande nur als ein Teilstück des Sättigungsbedürfnisses, so daß die Streckung des Mehls und die Einführung der Brotkarte nicht als wesentliche Beeinträchtigung der früheren Ernährungsgewohnheiten aufgenommen wurden. Das bekannte Wort, daß der Mensch nicht allein vom Brot lebt, ging beifällig von Mund zu Munde. Die Möglichkeit, daß sehr ernste Ernährungsschwierigkeiten späterhin auftreten könnten, kam im ersten Kriegsjahr kaum in Betracht. In dem vom preussischen Mi-

nisterium des Innern im Frühjahr 1915 in Hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten Büchlein „Die Ernährung im Kriege“ wurde man belehrt: „Vergleicht man den Bedarf an den verschiedenen Nährstoffen mit den Nahrungsmitteln, die wir im Kriege haben, so leuchtet ein, daß der Bedarf gedeckt werden kann, wenn nur die Lebensweise geändert wird, wenn die fehlenden, die knappen Nahrungsmittel sorgsam ersetzt werden durch die vorhandenen und reichlichen.“ Na also! Was da fehlt, kann natürlich nicht verzehrt werden, anderes aber ist reichlich vorhanden, und die Lebensweise muß — ob man will oder nicht — auf das veränderte Angebot an Nahrungsmitteln eingestellt werden.

So dachten nicht alle, aber sehr viele, die mit der unermülich wiederholten Parole „wir halten durch!“ durchaus einverstanden, die auch ihrerseits in ihrer vaterländischen Gesinnung zu den größten Opfern bereit waren, die Notwendigkeit zu Einschränkungen jedoch nicht recht einsehen wollten, solange Gutes für Zunge und Magen in beliebiger Menge dargeboten wurde. Allerdings wurden für Fleisch, Butter und Gemüse sündhafte Preise verlangt, doch daran brauchte sich nicht zu stoßen, wer die Mehraufwendung sich leisten konnte. Solche, wenn man will, etwas leichtlebige Auffassung der vom feindlichen Wirtschaftskriege her drohenden Gefahren darf nicht als Teilnahmslosigkeit gegenüber den Nöten, die über Deutschland dräuend sich zusammenballten, gewertet werden. Sie entsprach einem Optimismus, der im ersten Kriegsjahr, als der überraschende Siegeszug durch Belgien und weit nach Frankreich hinein vor den staunenden Augen der Welt sich vollzog, auch bezüglich der Kriegsdauer gang und gäbe war. Bestärkt wurde die öffentliche Meinung in ihrer zuversichtlichen Auffassung des Ganges der zu erwartenden Geschehnisse durch das Verhalten der Regierung. Zudem kommt wohl ein jeder aus seinen alten Falten erst heraus, wenn den Mahnungen zum Umlernen eine gewisse Nötigung auf dem Fuße folgt. Vorerst wickelte sich die Lebensmittelversorgung aber verhältnismäßig glatt ab. Wen die Klagen der Hausfrau über die erschwerte Beschaffung der alltäglichen Nahrung und die dreisten Preisforderungen des Kleinhandels verdrossen machten, konnte sich in die Bierhäuser oder Weinstuben flüchten, woselbst Fleischgerichte in überreicher Auswahl nach wie vor ihm angeboten wurden. Die Einführung der fleischlosen Tage erfolgte viel später und erst kürzlich wurde den Gastwirten ihr Bettlaufen um die Gunst der Fleisheßer durch eine verständige Verkürzung ihrer Speisekarte unterbunden.

Man kann nicht behaupten, daß die Regierung den kommenden Dingen blind gegenübergestanden. Sie wußte, daß das Ernährungsproblem in mehr oder weniger schroffen Formen an sie herantreten werde. In solcher Voraussicht erging sofort bei Ausbruch des Krieges die Verordnung betr. die Ermächtigung zur Festsetzung von Höchstpreisen. Wer konnte damals ahnen, daß auf dieser magna charta der staatlichen Lebensmittelpolitik im Laufe von achtzehn

Monaten dreihundert wirtschaftliche Bestimmungen des Bundesrats sich aufbauen würden!

Wie die Dinge im Herbst 1914 lagen — die vermeintlich ausgezeichnete Ernte des Jahres wurde eben eingebracht —, konnte die Regierung mit der Anwendung der ihr erteilten Blankovollmacht sich Zeit lassen. Die Preisgestaltung für manche Artikel der Massenernährung zeigte allerdings gleich zu Anfang eine Neigung zur Entartung. Immerhin durfte die Preisentwicklung zunächst ohne Eingriff von außen sich selbst überlassen bleiben. Da ein fühlbarer Mangel an Lebensmitteln vorläufig sich nicht bemerkbar machte, hielt man es für angezeigt, die Ergebnisse freier Preisbildung im „isolierten Staat“ bis auf weiteres abzuwarten. Denn die Einführung von Zwangspreisen für Gegenstände des Alltags- und Massenverbrauchs bedeutete in jedem Falle einen Sprung ins Dunkle, da sich nicht vorhersehen ließ, wie das Wirtschaftsleben auf eine so harte Reglementierung reagieren würde. Privatwirtschaftlicher Eigennuß in Verbindung mit der verschärften wirtschaftlichen Einkreisung Deutschlands nötigten aber zu positiven Maßnahmen. Um so mehr als neben der sprunghaften Steigerung der Lebensmittelpreise Anzeichen einer auffallend raschen Verringerung der Nahrungsvorräte auftraten.

Auf dem Gebiet der Lebensmittelpolitik mußte selbstverständlich jede einseitige Begünstigung der einen oder anderen Interessentengruppe vermieden werden. Als Grundsatz für die Preisfestsetzungen wurde in der amtlichen Denkschrift an den Reichstag bezeichnet, daß der Eingriff in das Wirtschaftsgetriebe auf das geringste Maß beschränkt, bei dem der angestrebte Erfolg noch erreichbar war, werden müsse. Ferner sollte besonders darauf geachtet werden, daß dem Handel Spielraum und Anreiz zu nützlicher Betätigung belassen blieben.

Wir meinen, wenn die Allgemeinheit diese Richtlinien der Staatsgewalt sich gegenwärtig hielte, wäre vielen Beschwerden über die Veranlagung der Höchstpreisgesetze der Boden entzogen. Es muß einleuchten, daß die Höchstpreise immer nur ein unvollkommenes Werkzeug sind, um extravagante Preise einzudämmen, daß sie auch nicht beliebig anbefohlen werden können, ohne au hartnäckigen Widerstand zu stoßen, daß sie endlich überhaupt nicht überall anwendbar sind. Die Richtigkeit dieser Vorbehalte für die Zweckmäßigkeit von Preisfestsetzungen ist durch die Erfahrungen der Kriegswirtschaft hinlänglich erwiesen.

In der Verordnung vom 28. Oktober 1914 trat die Regierung auf den Boden der Höchstpreise, zunächst für Roggen, Weizen, Gerste und Kleie. Wenige Wochen später folgte die Festsetzung von Höchstpreisen für Speisekartoffeln und am 11. Dezember die gleiche Maßnahme für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffelrodnerie und Kartoffelstärkefabrikation. Die Erwartung, daß die Spekulation in Brotgetreide insolge dessen sich werde bändigen lassen, blieb unerfüllt. Die Höchstpreise wurden umgangen, Vorräte wurden vom Markt zurückgehalten in der Rechnung auf höhere Preise, die Verfütterung von Brotgetreide an das Vieh wurde nicht in notwendigem Maße eingeschränkt. Dazu

fand ein großer Teil der Bevölkerung sich nicht veranlaßt, im Verbrauch von Backwaren sich Beschränkungen aufzuerlegen, weder in Bezug auf die Güte noch auf die Menge. Um die Wende des Jahres ergingen daher verschärfte Bestimmungen und in der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 legte der Staat die Hand auf alles Brotgetreide und Mehl. Mit der Beschlagnahme mußte zugleich der Verbrauch von Brot und Mehl geregelt werden. Die Brotkarte war der Höhepunkt der Reglementierung.

Inzwischen waren ernste Besorgnisse wegen der vorhandenen Kartoffelvorräte aufgetaucht. In der edlen Absicht, den minderbemittelten Volksklassen neben dem Brot auch die Kartoffel zu billigem Preise zur Verfügung zu stellen, war der Höchstpreis im November 1914 auf 5 Mark für den Doppelzentner festgesetzt worden. Der Preis wurde als genügend erachtet zur Deckung der Produktionskosten, zumal da das Jahr 1914 eine reiche Kartoffelernte ergeben haben sollte. Tatsächlich waren 90 Millionen Doppelzentner weniger als im Vorjahre geerntet worden und die Wertschätzung der Kartoffeln als unentbehrliches Futtermittel zur Durchhaltung der Viehbestände konnte durch den niedrigen Verkaufspreis nicht entfernt ausgeglichen werden. Die Bestandaufnahme ergab ein erschreckend ungünstiges Ergebnis. Wohl zweifelten landwirtschaftliche Sachverständige die Richtigkeit der Ermittlungen an, weil bei der Aufnahme der Vorräte die Mieten nicht hatten geöffnet werden können. Ein Beweis war aber im Augenblick nicht zu erbringen. So kam es zu dem dauerlichen Beschluß, unseren Schweinebestand durch Zwangsabschlachtung zu verringern, um den anscheinend so geringen Kartoffelvorrat der menschlichen Ernährung zu sichern. Als mit beginnender wärmerer Jahreszeit die Mieten geöffnet wurden, erwies sich, daß viel mehr Kartoffeln vorhanden waren, als man auf Grund der oberflächlichen Bestandaufnahme veranschlagt hatte. Ein großer Vorrat alter Kartoffeln stand noch zum Verkauf, als die ersten Frühkartoffeln schon auf dem Markt erschienen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auf die staatliche Kartoffelpolitik vom Jahre 1915 bis auf die Gegenwart und ihre Wirkungen hier einzugehen. Wer die Mühe sich nicht verbrießen läßt, den verworrenen und gewundenen Pfaden, auf denen die Bestrebungen zu einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit der unentbehrlichen Erbsfrucht sich bewegten, nachzugehen, wird den Eindruck gewinnen, daß im Suchen nach der zweckmäßigsten Ordnung zu Zeiten recht kostspielige und auch mißglückte Experimente angestellt worden sind. Hier war ein Prüfstein gegeben, wie die Ernährungsfrage an einem ihrer wichtigsten Punkte den Bedürfnissen angemessen sich anpassen ließ. Das System der Höchstpreise in Anwendung auf die Kartoffeln hat bei mehrfachen Versuchen versagt, stand ja auch in zweiter Linie, da durch dasselbe die Marktpreise, nicht aber die Bedarfsdeckung betroffen wurden. Am Ziele vorbei führte auch ein anderer Weg: durch Preiserhöhung auf den Landwirt einen verstärkten Anreiz auszuüben, die Kartoffeln in größtem Umfang dem Verbrauch zuzuführen. Nahe-

liegend erschien die Beschlagnahme, für die bei der Behandlung des Brotgetreides ein gutes Beispiel geboten war. Mit Kartoffeln kann jedoch nicht wie mit Getreide umgegangen werden. Die Kartoffel hat eben andere Eigenschaften als Getreide. Dieses ist eine „tote“ Frucht, kann ohne umständliche Pflege lange lagern. Kartoffel dagegen ist eine „lebendige“ Frucht, abhängig von chemischen Wandlungsprozessen, die bei nicht entsprechender Witterung, Pflege und Lagerung sehr schnell die Früchte verderben lassen. Schließlich hat man dennoch zu einer Beschlagnahme in modifizierter Form schreiten müssen, wenngleich von der straffen Zentralisierung, wie sie beim Brotgetreide gilt, zugunsten provinzieller Verteilungsorgane abgesehen wird. Die Einzelheiten hierüber können außer Betracht bleiben.

Man wird verstehen, daß die mannigfachen Fehlgänge in der Kartoffelpolitik einen etwas peinlichen Eindruck hinterlassen. Zwei Tatsachen erscheinen schwer vereinbar. Das Jahr 1915 hatte uns eine ausgezeichnete Kartoffelernte beschert. Nach der Aufnahme vom 26. April 1916 ergab sich für Preußen (die Zahlen für das Reich liegen noch nicht vor) ein Gesamtbestand von 92,7 Millionen Zentner gegen nur 55,4 Millionen Zentner am 15. Mai 1915. In einer amtlichen Auslassung hierzu wird festgestellt, daß man das Resultat „nur als Bestätigung völliger und zweifelsfreier Sicherung unserer Kartoffelbedarfsdeckung deuten kann“. Die zweite Tatsache sind die Stockungen, die trotzdem in der Kartoffelversorgung der städtischen Einwohnerschaft immer wieder periodisch aufgetreten sind. Der Laienverstand sagt sich, daß irgendwo ein Fehler in der Vermittlungsorganisation stecken müsse. Man hat die Regierung, die Eisenbahnen, die Landwirte, die Zwischenhändler u. a. m. mit der Verantwortung für dieses schwer erklärliche Versagen in den Lieferungen belasten wollen. Offizielle Federn sind den Vorwürfen entgegengetreten, freilich ohne überzeugend zu wirken. Nach unserer Meinung wären die Schwierigkeiten in der Kartoffelfrage viel leichter zu überwinden gewesen, wenn ein einheitlicher fester Wille in der Verteilung der Vorräte sich betätigt hätte.

Wir haben die Lebensmittelverteilung eine Reifeprüfung des deutschen Volkes genannt. Noch nie zuvor ist ein solcher Knäuel schwieriger nahrungswirtschaftlicher Aufgaben einem Volk vom Schicksal zu lösen aufgegeben worden wie gegenwärtig dem deutschen. Man darf aber auch getrost behaupten, daß keine andere Nation so erfolgreich den Schwierigkeiten zu Leibe zu gehen imstande wäre. Mit gerechtem Stolz wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß in dem, seiner Beherrschung der Meere sich rühmenden Großbritannien die notwendigsten Nahrungsmittel ungleich höher als in Deutschland im Preise stehen, obgleich wir infolge der Sperrung der Grenzen im wesentlichen auf die inländische, unter erschwerenden Bedingungen arbeitende Produktion angewiesen sind. Von einem Vergleich mit Rußland können wir ganz absehen; dort verursacht schon jede größere Mißernte die ärgsten wirtschaftlichen Kalamitäten, gesteigert bis zur verheerenden Hungersnot, weil die Zufuhr von Korn aus

den mit einer reichlichen Ernte gesegneten Landesteilen in die notleidenden Gebiete an den Verkehrsmißständen ihre Klippe findet. Es zeugt mithin von einem erfreulichen Reifegrad, wenn wir dem Ansturm auf unsere Nahrungswirtschaft so gut standhalten konnten, wie es bisher geschehen ist. Zu überhebender Selbstbespiegelung liegt allerdings kein Anlaß vor. Schwäche und Unerfahrenheit haben uns mehrfach auf Irrwege verlockt, von denen wir erst nach unliebsamen Erfahrungen zu besserer Erkenntnis dessen, was not tut, vordrängen. Und ist denn wirklich die Organisation der Verteilung und des Verbrauchs von Lebensmitteln zufriedenstellend? Diese Frage kann nicht bejaht werden, solange der Übergang der Lebensmittel vom Produzenten durch die verschiedenen Etappen bis in die Hände des letzten Konsumenten häufig sich zu einem Hindernisrennen gestaltet. Trotz schärfster Strafandrohungen ist es bisher weder gelungen, die Bewucherung der Kleinkäufer gründlich auszurotten, noch die vielen verteuernenden Zwischenglieder auszuschalten. Der individuelle Egoismus, den das Händlertum im Nahrungsmittelverkauf an den Tag legt, ist übrigens auch in den Preisen der Produzenten keine seltene Erscheinung. Am Gewinn aus dem Schiebe- oder Kettenhandel möchte vielerlei Volk sich auffrischen.

Wie die Produzenten und Zwischenhändler, hätten ferner auch die Konsumenten Veranlassung, ihre Unvollkommenheit gegenüber den Anforderungen einer wohlgeordneten Lebensmittelverteilung zu bekennen. Die staatlichen Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung haben auf Schritt und Tritt gegen die passiven Widerstände der Gleichgültigen und die aktive „Gegenaktion“ der irgendwie in Mitleidenschaft gezogenen Verzehrer ankämpfen müssen. Im Haschen nach kleinen persönlichen Vorteilen sind die Anstandsrückichten selbst in den „oberen Regionen“ der Gesellschaft häufig genug unter die Füße geraten. Gegenüber dem feindlichen Aushungerungskriege bilden die Lauen und Schwachmütigen eine besonders zahlreiche Heeresstruppe.

Das moralische Versagen der einzelnen kann freilich den würdigen Eindruck nicht beeinträchtigen, den die entschlossene und zielbewußte Haltung der Gesamtheit des deutschen Volkes den Versorgungsnöten gegenüber auf Freund und Feind ausübt. Mit dem Durchhalten im Wirtschaftskrieg ist es uns heiliger Ernst und mögen die Brotkörbe noch viel höher gehängt und die Fleischtöpfe noch karglicher als gegenwärtig versorgt werden. Die von der Feinde Arglist und Lücke uns auferlegte Prüfungszeit wird daheim ebenso mannhaft wie im Felde durchgerungen werden. Das erfordert eine sittliche Reife, zu der das deutsche Volk durch Erziehung und Bildung vorbereitet, durch Vaterlandsliebe und Disziplin befähigt ist. Der Gedanke, daß es neben der Wehrpflicht im Dienste der Allgemeinheit auch eine Nährpflicht gibt, hat in Deutschland jetzt tiefere Wurzeln geschlagen denn je zuvor. Die Produktion von Lebensmitteln darf in unserem kriegsumtobten, von den meisten Zufuhrgebieten abgeschlossenen Vaterlande nicht mehr lediglich als eine durch Gewinnstreben be-

stimmte private Erwerbstätigkeit angesehen, sondern muß als öffentlicher Dienst, patriotische Pflicht gehandhabt werden. Der Fleiß der Hände, die unseren Boden bebauen, ist ebenso wichtig, ebenso unerläßlich für unseren Sieg, wie der Mut, die Tatkraft, die Zähigkeit derer, die draußen in den Schützengräben liegen und auf dem Meere unsere Flagge zum Triumphe führen. Der Träger der Nährpflicht, vor allem der landwirtschaftliche Produzent ist sein eigener Stratege. Er muß sehen wie er durchkommt, wie er aus dem Stück Heimatboden, das ihm anvertraut ist, den größten Ertrag an den Gütern herauswirtschaftet, deren das Land so dringend bedarf. Ein Volk, das die moralische Bedeutung der Nährpflicht in sich aufgenommen und demgemäß handelt, hat die Reifeprüfung, die ihm vom Ernährungsproblem auferlegt ist, gut bestanden.

Ebenso wichtig wie der hingebende Eifer auf dem Felde der Erzeugung ist die Organisation der Lebensmittelverteilung. In dieser Richtung haben wir noch manches nachzuholen und zu verbessern. Deutschland ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, das nach allgemein gültigen Grundsätzen mit Lebensmitteln versorgt und ausgestattet werden muß. Nun müssen wir aber wahrnehmen, wie ein wirtschaftlicher Partikularismus durch Aufrichtung von Schranken, Ausfuhrverboten und Sondermaßnahmen die Einheit zerklüftet. Solche Bestrebungen müssen, falls ihre Berechtigung nicht unzweideutig nachgewiesen wird, in Zukunft untersagt werden. Zu einer vervollkommenen Wirtschaftseinheit soll uns dieser Krieg verhelfen, wie der Krieg von 1870 die Reichseinheit begründet hat. Den Generalstab hierzu haben wir im Kriegsernährungsamt bereitgestellt, mag Herr von Batocki die Fähigkeiten eines kleinen Bismarck offenbar werden lassen. Seine Organisationspläne sollten Zeugnis dafür ablegen, daß die Nation auch wirtschaftlich die Reifeprüfung cum laude zu bestehen vermag.

